

Herzlichen Dank für Ihr Schreiben zu der vom israelischen Ministerpräsidenten angekündigten Annexion von Teilen des Westjordanlandes und den möglichen Folgen für die regionale Stabilität, die wir mit größter Sorge verfolgen. Die besonderen Beziehungen Deutschlands zu Israel sind für uns auch Auftrag, uns für eine friedliche Lösung des Nahost-Konflikts einzubringen. Trotz aller Schwierigkeiten sind wir davon überzeugt, dass der einzige Weg, der dauerhaft Frieden bringen und die berechtigten Erwartungen beider Seiten erfüllen kann, eine zwischen Israel und den Palästinensern verhandelte Zwei-Staaten-Lösung ist. Sie ist und bleibt der Grundpfeiler unserer Nahostpolitik, so wie wir es auch im Grundsatzprogramm der SPD festgeschrieben haben.



Claudia Tausend

Es gibt keine politische Alternative zu einer Zwei-Staaten-Lösung, die den demokratischen Charakter Israels bewahrt und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser respektiert. Wir setzen uns für die Zwei-Staaten-Lösung ein, mit dem endgültigen Ziel eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates, Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit Israel.

Gleichzeitig teilen wir - wie die überwältigende Mehrheit der internationalen Gemeinschaft - die Einschätzung, dass der fortgesetzte Siedlungsbau gegen das Völkerrecht verstößt und eine Friedenslösung zunehmend schwieriger macht. Der von der Trump-Administration vorgelegte Plan „Vision for Peace“ sowie die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem haben die Bemühungen um eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts ebenfalls zurückgeworfen. Die von der neuen israelischen Regierung diskutierten Pläne einer Annexion von Teilen des Westjordanlandes verstoßen ebenfalls gegen das Völkerrecht. Grenzen können nur als Ergebnis von Verhandlungen und im Einvernehmen beider Seiten verändert werden. Alle Verhandlungen über ein Endstatusabkommen müssen auf der Grundlage von Völkerrecht und den relevanten Resolutionen der Vereinten Nationen stattfinden.

Daher setzen wir uns, wie dies auch Bundesaußenminister Heiko Maas bei seinen Gesprächen mit der israelischen, palästinensischen und jordanischen Regierung am 10.06.20 deutlich gemacht hat, für die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern ein und sind bereit, diesen Weg gemeinsam mit unseren Partnern zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen  
Claudia Tausend, MdB

Vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie Kritik am Vorhaben der neuen israelischen Regierung äußern, Teile des Westjordanlands zu annektieren.

Die angekündigten Pläne der neuen israelischen Regierung, Teile des Westjordanlands unter israelische Hoheitsverwaltung zu stellen und somit faktisch zu annektieren habe ich, als Teil der CSU-Bundestagsfraktion mit Sorge zur Kenntnis genommen. Die Bundesregierung hat das Vorhaben der neuen israelischen Regierung kritisiert und angekündigt, sich in bilateralen Gesprächen und innerhalb der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass die in Aussicht gestellte Annexion nicht vollzogen wird.



Dr. Andreas Lenz MdB CSU

Deutschland setzt sich überdies seit langem – auch wegen der historisch gewachsenen Verantwortung gegenüber Israel – konsequent für eine nachhaltige Aussöhnung zwischen Israel und Palästina ein. Im Rahmen der Zwei-Staaten-Lösung soll ein friedliches Zusammenleben zwischen einem jüdisch-demokratischen Staat Israel und einem souveränen, demokratischen Staat Palästina ermöglicht werden.

Beide Parteien müssen jedweder Gewalt gegenüber der anderen Seite widersagen. Nur so sind echte Verhandlungen möglich, die zu einem langfristigen Frieden führen können!

So viel in aller Kürze.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung!

Freundliche Grüße

Andreas Lenz

---

Dr. Andreas Lenz, MdB  
Deutscher Bundestag